



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 16.12.2011

Niederschrift

über die **21. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 06.12.2011, 16:00 Uhr bis 17:37 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Axel Kaske	SPD	(für RM dos Santos Herrmann)
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	(ab 16.07 Uhr)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	(für RM Wolter)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Schiele	pro Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU (bis 17.10 Uhr)
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Werner	CDU
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln

Herr Franz-Albert Krämer

auf Vorschlag die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock

Herr Dieter Pannecke

Verwaltung

Herr Ludwig Arentz

Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Herr Jörg Bambeck

Dezernat Planen und Bauen

Herr Christian Dörkes

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Herr Klaus Harzendorf

Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Herr Johannes Keulen

Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Dezernat Planen und Bauen

Frau Angela Thiemann

Bauverwaltungsamt

Gäste

Herr Gunther Höhn

KVB AG

Schriftführerin

Frau Angela Krause

Dezernat Planen und Bauen

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Carola Steiner

SPD/Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 21. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2011 betreffend Geschwindigkeitsmessanlage auf der Severinsbrücke AN/2176/2011

Tischvorlage

- 5.13 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch
4162/2011
- 5.14 Beschluss über die Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011 sowie die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2012
4656/2011
- 6.1 Eintrag von Brücken/Eisenbahnüberführungen in die Denkmalliste AN/1862/2011 der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln
4560/2011
- 6.2 Baumfällungen in der Margaretastraße
Mündliche Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
4957/2011
Tischvorlage
- 6.3 Planfeststellungsverfahren der Linie 3
Mündliche Anfrage des SE Vietzke
4962/2011
Tischvorlage
- 7.3 Einführung eines Weihnachtstickets
4820/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj 2010/2011 bei Finanzstelle 6903-1202-2-6102 sowie Genehmigung zum Abschluss eines Vergleiches
4183/2011
Tischvorlage

Zurückgezogen werden die Vorlagen

- 4.4 Umstufung der Kreisstraße 31 - Engeldorfer Straße in Köln-Meschenich - im Abschnitt von der Straße Im Rheintal bis einschließlich Parzelle 421
3100/2011
II. Durchgang
da die BV Rodenkirchen die Beschlussfassung vertagt hat,

- 4.5 Umstufung der Kreisstraße 15 - Godorfer Straße in Köln Immendorf, im Abschnitt von Stormstraße in östliche Richtung bis Godorfer Straße 29 (Schule) und von Haus-Nr. 45 bis 61
3109/2011

II. Durchgang

da die BV Rodenkirchen die Beschlussfassung vertagt hat,

- 4.6 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt
4845/2010,

- 4.8 Neuordnung des öffentlichen Parkraums im Bereich der Siegburger Straße von der Raiffeisenstraße bis zur Salmstraße in Köln-Poll
1750/2011

II. Durchgang

da die BV Porz die Beschlussfassung vertagt hat,

- 5.2 219. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3428/2011

ggf. II. Durchgang

da alle Bezirksvertretungen uneingeschränkt zugestimmt haben und somit auf einen II. Durchgang verzichtet werden kann sowie

- 5.3 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4233/2011

ggf. II. Durchgang

da alle Bezirksvertretungen uneingeschränkt zugestimmt haben und somit auf einen II. Durchgang verzichtet werden kann.

RM Möring beantragt für die CDU-Fraktion, die Vorlage

- 5.13 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch
4162/2011

zu **vertagen**; seine Fraktion habe hier noch Beratungsbedarf.

Der Ausschuss ist im Übrigen mit den Ergänzungen einverstanden und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2011 betreffend
Geschwindigkeitsmessanlage auf der Severinsbrücke
AN/2176/2011

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2011 betreffend
Führung der Linien 106, 132 und 133 nach Teilinbetriebnahmen der Nord-
Süd-Stadtbahn
AN/2056/2011

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Verkehrskonzept Weidenpesch
0858/2010
- 4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030 Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
5387/2010
- 4.3 Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010,
TOP 5.1
1732/2011
- 4.4 Umstufung der Kreisstraße 31 - Engeldorfer Straße in Köln-Meschenich - im Abschnitt von der Straße Im Rheintal bis einschließlich Parzelle 421
3100/2011
- zurückgezogen -

- 4.5 Umstufung der Kreisstraße 15 - Godorfer Straße in Köln Immendorf, im Abschnitt von Stormstraße in östliche Richtung bis Godorfer Straße 29 (Schule) und von Haus-Nr. 45 bis 61
3109/2011
- zurückgezogen -
- 4.6 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt
4845/2010
- zurückgezogen -
- 4.7 Verkehrsversuch zur Änderung der Lkw-Führung im Bereich Hartwichstraße/Escher Straße
1961/2011
- 4.8 Neuordnung des öffentlichen Parkraums im Bereich der Siegburger Straße von der Raiffeisenstraße bis zur Salmstraße in Köln-Poll
1750/2011
- zurückgezogen -
- 4.9 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring
3799/2010
- 4.10 Baubeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Generalsanierung der Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard
4367/2011
- 4.11 MÜLHEIM 2020, Gestaltung Berliner Straße als Geschäftsstraße
4083/2011
- 4.12 Ausbau der Verlängerung der Industriestraße in Köln-Fühlingen von Merianstraße bis Anschluss Blumenbergsweg/Neusser Landstraße
3972/2011
- 4.13 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
hier: Gestaltungskonzept der Hauptstraße von Steinstraße bis Poststraße
1721/2011
- 4.14 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages für unvorhersehbare Tiefbauarbeiten an Lichtsignalanlagen
4688/2011
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 Fernlinienbusbahnhof Breslauer Platz:
Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Planung eines Alternativstandortes
0811/2009

- 5.2 219. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3428/2011
- zurückgezogen -
- 5.3 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4233/2011
- zurückgezogen -
- 5.4 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012
3272/2011
- 5.5 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011
- 5.6 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule
4166/2011
- 5.7 Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
4246/2011
- 5.8 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken
4027/2011
- 5.9 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im Bereich der Tollerstraße
3058/2011
- 5.10 Parkerlaubnis für ehrenamtliche Sporttrainerinnen und Sporttrainer
4221/2011
- 5.11 Vergabe von Ingenieurleistungen
hier Umgestaltung der Straßen um die Oper
4084/2011
- 5.12 Köln-Pass: Erlass einer Satzung zur Förderung von Sozialtickets im ÖPNV
4267/2011

5.13 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch
4162/2011
- vertagt -

5.14 Beschluss über die Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011 sowie die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2012
4656/2011

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Eintrag von Brücken/Eisenbahnüberführungen in die Denkmalliste AN/1862/2011 der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln
4560/2011

6.2 Baumfällungen in der Margaretastraße
Mündliche Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
4957/2011

6.3 Planfeststellungsverfahren der Linie 3
Mündliche Anfrage des SE Vietzke
4962/2011

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Aufgang am Bahnhof Köln Süd von der Zülpicher Straße auf Gleis 1
4600/2011

7.2 Sperrkonzept für den Roncalliplatz
4545/2011

7.3 Einführung eines Weihnachtstickets
4820/2011

8 Mündliche Anfragen

8.1 Haltestelle Linie 132
Anmerkung des RM Schiele

8.2 Radverkehrsführung auf dem Höninger Weg
Hinweis des SE Krämer

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

13.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj 2010/2011 bei Finanzstelle 6903-1202-2-6102 sowie Genehmigung zum Abschluss eines Vergleiches
4183/2011

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2011 betreffend Geschwindigkeitsmessanlage auf der Severinsbrücke AN/2176/2011

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2011 betreffend Führung der Linien 106, 132 und 133 nach Teilinbetriebnahmen der Nord-Süd-Stadtbahn AN/2056/2011

SE Feld begründet kurz den vorliegenden Antrag.

RM Kron merkt seitens der SPD-Fraktion an, dass diese den Antrag für verfrüht halte. Er rege an, die Beschlussfassung zurückzustellen.

RM Möring hingegen teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese eine Prüfung für sinnvoll erachte; gleichwohl sie sich nicht sicher sei, dass das Prüfergebnis positiv und im Sinne des Antragstellers ausfallen werde.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Tull den Ausführungen von RM Kron an. Die Teilinbetriebnahme auf dem südlichen Teil der Nord-Süd Stadtbahn sei bisher nicht beschlossen worden; hier laufen noch die Gespräche und Vorüberlegungen, so dass eine Prüfung der Buslinien zum jetzigen Zeitpunkt nicht Ziel führend sei. Sie möchte jedoch bereits jetzt betonen, dass ein zweimaliges Umsteigen nicht sinnvoll sei; ein entsprechendes Betriebskonzept dürfe nicht zu einer Verschlechterung des Verkehrsangebotes führen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, führt aus, dass die Linie 132 - in der Durchbindung zumindest zum Hauptbahnhof - eine erhebliche Bedeutung habe. 200 Fahrgäste nutzen die Haltestelle Andreaskloster, die allerdings mit der Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn wegfallen würde. Immerhin 2000 Fahrgäste nutzen den Hauptbahnhof und kommen im Wesentlichen von den Bereichen südlich des Heumarktes. Die Haltestelle Rathaus werde werktäglich auch noch von immerhin 300 Fahrgästen genutzt.

RM Kirchmeyer kann die ablehnende Haltung ihrer Vorredner nicht nachvollziehen. In früheren Diskussionen wurde immer wieder betont, dass Parallelverkehre nicht gewollt seien. Bei der Nord-Süd Stadtbahn befürchte sie – aufgrund des Unglücks am Waidmarkt – ein Akzeptanzproblem in der Bevölkerung. Der vorliegende Antrag solle dem entgegenwirken und zudem den Bus aus der Altstadt heraushalten.

Nach weiterer kontroverser Diskussion besteht Einvernehmen, dass die Beschlussfassung zunächst zurückgestellt wird und stattdessen zusammen mit der entsprechenden Verwaltungsvorlage „Teilbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen“ – voraussichtlich in der Sitzung am 31.01.2012 – behandelt werden soll. Ausschussvorsitzender Waddey lässt dementsprechend abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird zunächst zurückgestellt und soll stattdessen zusammen mit der entsprechenden Verwaltungsvorlage „Teilbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen“ – voraussichtlich in der Sitzung am 31.01.2012 – behandelt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 Verkehrskonzept Weidenpesch
0858/2010**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert kurz die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung zum Beschluss der Bezirksvertretung Nippes, die auch einen neuen Beschlussvorschlag beinhaltet (vgl. Anlage 27).

Vorsitzender Waddey weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung sich intensiv und detailliert mit der Verwaltungsvorlage beschäftigt habe und er von daher vorschläge, den neuen Beschlussvorschlag zunächst auch von dieser beraten zu lassen.

RM Kirchmeyer merkt an, dass ursprünglich angedacht war, durch das Neubaugebiet Klarissenweg – Cellitinnenweg – Klosterfraugasse einen Anschluss an die Schmiedegasse herzustellen. Sie bittet um Mitteilung, ob diese Planung noch aktuell sei.

Herr Harzendorf legt dar, dass die Verwaltung zur Entlastung dieser Wohnstraßen hierzu einen Alternativvorschlag erarbeitet habe. Die Klosterfraugasse werde nun quasi als Sackgasse mit zwei Armen gestaltet, verkehrsberuhigt und auch mit einer hohen Anzahl an Stellplätzen versehen. Die alten Planungen seien nicht mehr sinnvoll gewesen.

Beschluss:

Aufgrund der ergänzenden Stellungnahme der Verwaltung mit einem neuen Beschlussvorschlag (vgl. Anlage 27) verweist der Verkehrsausschuss die Vorlage zunächst zurück in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.2** **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt**
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030 Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt 5387/2010

Ausschussvorsitzender Waddey macht auf den neuen Beschlussvorschlag der Verwaltung in Anlage 11 aufmerksam. Er schlägt vor, die Bezirksvertretung Ehrenfeld hierzu anzuhören und heute vorbehaltlich deren Zustimmung zu beschließen.

Geänderter Beschluss (gem. Anlage 11):

Vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Ehrenfeld wird die Verwaltung beauftragt, die bisher vorgesehene Umgestaltung der Querung für Fußgänger und Radfahrer über den Ehrenfeldgürtel in Höhe Bartholomäus-Schink-Straße nicht weiter zu verfolgen. Auch andere Zwischenlösungen sollen für den Bereich Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße/ Bartholomäus-Schink-Straße nicht weiter geplant und ausgebaut werden.

Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, langfristig die Einmündungen der Hüttenstraße und der Bartholomäus-Schink-Straße wieder direkt gegenüber anzuordnen, so dass eine Kreuzung ohne Versatz entsteht. Die heutige Bushaltestelle auf dem Ehrenfeldgürtel in Fahrtrichtung Subbelrather Straße bzw. Hüttenstraße ist dann linienbezogen als Bushaltestelle jeweils in der Hüttenstraße und auf dem Ehrenfeldgürtel anzulegen. Sowohl die Bartholomäus-Schink-Straße als auch die Hüttenstraße sind dann ebenfalls für den Radverkehr in beiden Richtungen zu öffnen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.3** **Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen**
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010, TOP 5.1
1732/2011

Es besteht Einvernehmen, sich den abweichenden Beschlussfassungen der Bezirksvertretungen anzuschließen.

Geänderter Beschluss (entsprechend den Beschlussfassungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes):

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die sukzessive, systematische Erneuerung der in der Vorlage aufgeführten Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen - im Kölner Stadtgebiet, *ausgenommen die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Venloer Straße/ Hans-Böckler-Platz/ Ludolf-Camphausen-Straße* fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. *An der Kreuzung Venloer Straße/ Hans-Böckler-Platz/ Ludolf-Camphausen-Straße* wird die Verwaltung beauftragt, *einen Kreisverkehr einzurichten.*

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung zudem

- 1. prioritär am Parkgürtel/Longericher Straße/Geldernstraße einen Kreisverkehr einzurichten oder hilfsweise – sollte dies nicht möglich sein – eine Linksabbiegespur*

aus der Longericher Straße in den Parkgürtel

2. *Kreisverkehre Neusser Straße/Friedrich-Karl-Straße und Friedrich-Karl-Straße/Duisburger Straße/Eichhornstraße schnellstmöglich zu realisieren.“*
Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Umstufung der Kreisstraße 31 - Engeldorfer Straße in Köln-Meschenich - im Abschnitt von der Straße Im Rheintal bis einschließlich Parzelle 421 3100/2011

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da die Bezirksvertretung Rodenkirchen die Beschlussfassung vertagt hat.

4.5 Umstufung der Kreisstraße 15 - Godorfer Straße in Köln Immendorf, im Abschnitt von Stormstraße in östliche Richtung bis Godorfer Straße 29 (Schule) und von Haus-Nr. 45 bis 61 3109/2011

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da die Bezirksvertretung Rodenkirchen die Beschlussfassung vertagt hat.

4.6 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt 4845/2010

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

4.7 Verkehrsversuch zur Änderung der Lkw-Führung im Bereich Hartwichstraße/Escher Straße 1961/2011

Vorsitzender Waddey schlägt vor, sich der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Nippes anzuschließen.

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Nippes) :

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Hartwichstraße folgende Maßnahmen vorzunehmen:

1. Durchführung eines sechsmonatigen Verkehrsversuches, der folgende verkehrliche Änderungen beinhaltet:
 - Freigabe der Escher Straße im Abschnitt zwischen Hartwichstraße und Innere Kanalstraße nur in Fahrtrichtung Innere Kanalstraße für den Lkw-Verkehr in der Zeit zwischen 06:00 und 22:00 Uhr.
 - Sperrung der Hartwichstraße für den Lkw-Verkehr (Anlieger frei zwischen 06:00 und 22:00 Uhr und KVB frei) durch eine entsprechende Beschilderung.
2. Information der Anwohner und Gewerbetreibenden durch Faltblätter über die Änderung der Verkehrsführung.

3. Durchführung von Verkehrsuntersuchungen.
4. Erstellung eines abschließenden Berichtes und dessen Vorlage beim Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.8 Neuordnung des öffentlichen Parkraums im Bereich der Siegburger Straße von der Raiffeisenstraße bis zur Salmstraße in Köln-Poll 1750/2011

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da die Bezirksvertretung Porz die Beschlussfassung vertagt hat.

4.9 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring 3799/2010

Vorsitzender Waddey weist darauf hin, dass diese Vorlage wegen des Sachzusammenhangs mit der unter TOP 5.5. – Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln“ - behandelt werden sollte.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet auf Nachfrage des RM Kron, dass das Umweltministerium, das die Untersuchung finanziert habe, die geplante Maßnahme an sich nicht finanziell unterstützen könne. Die Bezirksregierung hingegen habe mitgeteilt, dass eine Finanzierung nach dem Stadtverkehrsfördergesetz grundsätzlich in Frage kommen könnte. Die Verwaltung werde daher nun einen entsprechenden Förderantrag stellen. Üblicher Weise betrage ein derartiger Zuschuss 60 %; es müsse jedoch noch geklärt werden, in welchem Umfang die Maßnahme anerkannt werde.

RM Kirchmeyer hält die Verhandlungen zur Finanzierung zwar für begrüßenswert; sie gibt jedoch zu Bedenken, dass es sich auch hierbei um Steuergelder handle. Die FDP-Fraktion könne der Vorlage bereits heute zustimmen; sie verweist hierzu auf ihre Ausführungen in der vergangenen Sitzung.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte RM Tull wissen, wie hoch die Verwaltung die Chance einschätze, dass ein Zuschuss gewährt werde. In Bonn sei ein ähnliches Modell geplant gewesen; aufgrund der Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse durfte es jedoch nicht installiert werden. Sie weist darauf hin, dass es aus ihrer Sicht nur zu einer Verbesserung der Hauptverkehrsachse kommen werde, jedoch eine Verschlechterung auf den Seitenachsen nach sich ziehen werde.

Herr Harzendorf entgegnet, dass es natürlich um eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf Hauptachsen gehe. Unter diesem Gesichtspunkt erfolge die Diskussion beim Zuschussgeber. Die Schaltung der Anlage bewirke in der 1. Stufe eine Verbesserung für den Kraftfahrzeugverkehr auf der Hauptachse; nur wenn Überschreitungen zu befürchten seien, werde die Schaltung in der Form verändert, dass gepförttert werde. Im Grundsatz sei dies durchaus eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Sinne des Zuschussgebers. Das Bonner System sei ihm nicht bekannt und von daher könne er dies nicht bewerten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Herr Waddey vor, diese Vorlage im ersten Durchgang ohne Votum in die weiteren Gremien sowie den Luftreinhalteplan, TOP 5.5, ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Möring gibt seitens der CDU-Fraktion abschließend zu Bedenken, dass sich je nach Beschlussfassung im Rat zum Luftreinhalteplan ein 2. Durchgang zur Pilotanwendung der umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im hiesigen Ausschuss erübrigen werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum zur Anhörung in den Ausschuss für Umwelt und Grün sowie in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.10 Baubeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Generalsanierung der Peter-Griß-Straße in Köln-Flittard
4367/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt aufgrund der Kostenerhöhung von 160.000,00 € auf 263.000,00 € erneut die Generalsanierung der Peter-Griß-Straße und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.11 MÜLHEIM 2020, Gestaltung Berliner Straße als Geschäftsstraße
4083/2011**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt ergänzend zur Vorlage mit, dass mehrere Bäume auf dem Gehweg gegenüber dem Marktplatz, westlich des Kreisverkehrs zur Markgrafenstraße sowie auf der Nordseite gefällt werden müssen. Der Bezirksvertretung werde dies in der Sitzung noch ausführlich dargestellt.

RM Möring erinnert an die Diskussion vor einigen Monaten und die seiner Zeit aufgeworfene Frage, ob die geplanten Verengungen im Hinblick auf den dortigen Busverkehr verträglich gestaltet werden können. Er bittet um Mitteilung, wie der aktuelle Sachstand hierzu sei bzw. ob es eine veränderte Bewertung gegenüber damals gebe.

Herr Harzendorf weist darauf hin, dass die gültige Beschlusslage vorsehe, nach Inbetriebnahme der Markgrafenstraße – wenn sich die Verlagerungseffekte eingestellt haben – und vor dem Umbau der Berliner Straße eine provisorische Einengung zu errichten. Diese Erfahrungen müssten zunächst abgewartet werden.

Auf Nachfrage des RM Tull bestätigt Herr Harzendorf zudem, dass an der Tiefentalstraße ein Zebrastreifen geplant sei.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Stadtentwicklungsausschuss sowie in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.12 Ausbau der Verlängerung der Industriestraße in Köln-Fühligen von Merianstraße bis Anschluss Blumenbergsweg/Neusser Landstraße
3972/2011**

SE Vietzke merkt an, dass die Planung sehr gelungen sei; gleichwohl stelle er sich die Frage, warum die Zufahrten an der Merianstraße nach Norden derart extrem breit geplant seien. Er könne sich stattdessen vorstellen, dass beginnend mit der Abfahrt auf die Merianstraße hoch die Einspurigkeit einsetze und im Zufahrtsbereich Beschleunigungstreifen ausreichend seien.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass der heute vorhandene Kreuzungspunkt zu einer Zeit entstanden sei, in der noch etwas anders geplant wurde. Dementsprechend habe die Verwaltung nun nicht an einzelnen Zufahrten starke Verschmälerungen vorgenommen. Im Übrigen sei die vorliegende Planung jedoch sehr sparsam.

SE Vietzke zeigt sich nicht überzeugt von diesen Ausführungen und hält die Überbreiten für nicht erforderlich; er möchte hierzu die Beratung in der Bezirksvertretung abwarten.

Vorsitzender Waddey regt zudem an, dies von der Verwaltung nochmals überprüfen zu lassen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.13 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
hier: Gestaltungskonzept der Hauptstraße von Steinstraße bis Poststraße
1721/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.14 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages für unvorhersehbare Tiefbauarbeiten an Lichtsignalanlagen
4688/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Beauftragung eines Zeitvertrages zur Beauftragung von unvorhersehbaren Tiefbauarbeiten im Zusammenhang mit der Einrichtung oder Erneuerung von Lichtsignalanlagen fest und beauftragt die Verwaltung als Ergebnis des bereits durchgeführten Vergabeverfahrens für den Zeitraum 01.01.2012 bis 31.12.2012 den Auftrag gemäß Vorschlag des städtischen Vergabebeamten an den Mindestbieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Fernlinienbusbahnhof Breslauer Platz: Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Planung eines Alternativ-Standortes 0811/2009

Ausschussvorsitzender Waddey weist darauf hin, dass die Bezirksvertretungen Porz und Kalk den Standort Gremberghoven quasi abgelehnt hätten. Auch die Fachausschüsse stünden diesem Verwaltungsvorschlag offenbar eher negativ gegenüber. Die mehrheitlich favorisierte Alternative, ein Standort am Flughafen, werde von diesem vehement abgelehnt und insofern stelle sich ihm nun die Frage, wie hier weiter verfahren werden könne. Er könne sich vorstellen, als nächsten Schritt die von den Bezirksvertretungen geforderten Untersuchungen und Verkehrskonzepte in Auftrag zu geben.

RM Kron schließt sich seitens der SPD-Fraktion diesem Vorschlag an, macht allerdings darauf aufmerksam, dass die Gespräche mit dem Flughafen noch nicht abgeschlossen seien und diese Ergebnisse abgewartet werden sollten.

Für die CDU-Fraktion betont RM Möring, dass es keinen Sinn mache und unverantwortbar sei, die notwendige Beschlussfassung immer weiter hinaus zu zögern; Köln brauche Fernlinienbusse und es müsse eine Entscheidung getroffen werden, damit die Verwaltung nun endlich anfangen könne zu planen. Bis zur Realisierung werde dann sicherlich auch noch geraume Zeit vergehen. Sollte sich in der Zwischenzeit durch neue Entwicklungen in Bezug auf den Standort am Flughafen etwas ändern, könne der Planungsbeschluss entsprechend korrigiert werden, sofern noch nicht gebaut oder Grunderwerb getätigt wurde.

RM Kirchmeyer schließt sich zwar seitens der FDP-Fraktion im Wesentlichen diesen Ausführungen an; dennoch möchte sie sich in der heutigen Sitzung nicht den Beschlüssen der Bezirksvertretungen anschließen. Stattdessen empfehle sie, die noch andauernden Gespräche in der Tat abzuwarten und die Entscheidung in der Sache spätestens in der März-Sitzung zu treffen.

BG Streitberger berichtet aus den bisherigen Gesprächen, dass die Flughafenbetriebsleitung eine Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofes nach dort bisher kategorisch abgelehnt habe. Auch eine Initiative der SPD-Fraktion im Landtag habe zu keinem anderen Ergebnis geführt. Eine Fortführung dieser Initiative wäre sicherlich begrüßenswert; eine Anweisung durch die Stadt sei nicht möglich.

RM Möring unterstreicht nochmals seine Auffassung. Es bestehe ein gewisser Zeitdruck und das Grundstück in Gremberghoven stehe zudem nicht unendlich zur Verfügung. Er halte eine erneute Vertagung bis März 2012 für nicht Ziel führend. Anmerken möchte er auch, dass die Diskussion um den Flughafenstandort aus seiner Sicht nicht in Gänze verantwortbar geführt werden könne. Er könne durchaus verstehen, wenn die dortige Betriebsleitung diese Einrichtung nicht wolle und die Fläche stattdessen anderweitig nutzen möchte.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Tull dem Vorschlag von Frau Kirchmeyer an. Die unnachgiebige Haltung der Flughafenleitung könne sie nicht nachvollziehen und sie hoffe, dass in den nächsten Monaten noch erfolgreiche Überzeugungsarbeit geleistet werde.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Vorsitzender Waddey den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 13.03.2012 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

5.2 219. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3428/2011

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da alle Bezirksvertretungen uneingeschränkt zugestimmt haben und somit auf einen 2. Durchgang verzichtet werden kann.

5.3 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4233/2011

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da alle Bezirksvertretungen uneingeschränkt zugestimmt haben und somit auf einen 2. Durchgang verzichtet werden kann.

5.4 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012 3272/2011

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Seine Fraktion habe noch keine Gelegenheit gehabt, die als Tischvorlage verteilte, ergänzende Stellungnahme der Verwaltung zu beraten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln
4348/2011**

Hinweis: vgl. hierzu die Ausführungen unter TOP 4.9

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.6 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule
4166/2011**

RM Kron merkt für die SPD-Fraktion an, dass die Vorlage keine wesentliche, verkehrspolitische Relevanz habe und er insofern vorschläge, sie ohne Votum in den zuständigen Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Vorsitzender Waddey und RM Möring stimmen dieser Einschätzung zu.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
4246/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln

**5.8 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. §
8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei der Finanz-
stelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken
4027/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt einer weiteren Kostenerhöhung beim städtischen Finanzierungsanteil der 4-teiligen KVB - Umrüstungsmaßnahme

- Linie 1 von Frankfurter Straße bis Broichstraße,
- Linie 3 von Stegerwaldsiedlung bis Thielenbruch,
- Linie 4 von Suevenstraße bis Wiener Platz und von Höhenhaus bis Schlebusch so-
wie
- Kreuzung Frankfurter Straße, Verknüpfungspunkt Bus / Schiene in Köln / Ostheim
über 784.688,12 € zu.

Der städtische Eigenanteil für die 4-teilige KVB - Umrüstungsmaßnahme „Linie 1 von Frankfurter Straße bis Broichstraße, Linie 3 von Stegerwaldsiedlung bis Thielenbruch, Linie 4 von Suevenstraße bis Wiener Platz und von Höhenhaus bis Schlebusch sowie Kreuzung Frankfurter Straße, Verknüpfungspunkt Bus / Schiene in Köln – Ostheim“ beträgt nunmehr 4.230.713,04 € statt 3.446.024,92 €

Insgesamt ist für den 3. Bauabschnitt „Haltestelle Bf. Deutz / Messe (Lanxess Arena)“ und den 7. Bauabschnitt „Bereich Markgrafenstraße“ der Teilmaßnahme „Linie 4 von Suevenstraße bis Wiener Platz und von Höhenhaus bis Schlebusch“ ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 1.915.264,60 € an die KVB AG zu erstatten. Mittel in Höhe von 814.514,68 € stehen noch bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken zur Verfügung. Die Finanzierung des Mehrbedarfes in Höhe von 1.100.749,92 € erfolgt im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlungen bei der Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Aufzügen, Teilfinanzplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

**5.9 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im
Bereich der Tollerstraße
3058/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der dargestellten Variante 3 zu und beschließt, auf den Neubau der beiden Brückenbauwerke (Fußgängerbrücke über der Militärringstraße in Verlängerung der Tollerstraße sowie Verbindungsbrücke zwischen den Schulgrundstücken) zu verzichten. Die derzeit getrennten Schulhöfe der Max-Ernst-Gesamtschule sollen zukünftig zusammengelegt werden.

Als Ersatz für den in Verlängerung der Tollerstraße zwischen den Schulgrundstücken

liegenden Gehweg wird im Zuge der Stadtbahnmaßnahme eine neue Wegeverbindung vom Wendehammer Schumacherring zum Militärring realisiert.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Ehrenfeld der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.10 Parkerlaubnis für ehrenamtliche Sporttrainerinnen und Sporttrainer 4221/2011

RM Möring legt die Auffassung der CDU-Fraktion dar, dass den Ehrenamtlichen sehr wohl die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, auf vereinfachte oder begünstigte Weise zu parken. Im konkreten Einzelfall sei zwar bekanntlich ein hoher Parkdruck vorhanden; gleichwohl dürfe den Ehrenamtlichen die Tätigkeit hierdurch nicht unnötig erschwert werden. Nicht ganz nachvollziehen könne er die Vorlage im hiesigen Ausschuss; Ausnahmeregelungen von der Straßenverkehrsordnung die lt. Verwaltungsvorlage nicht zulässig sind, seien sicherlich ein laufendes Geschäft der Verwaltung. Die angeführten Argumente gegen das Parken auf Schulhöfen könne er – als Schulpraktiker - nur bedingt nachvollziehen. Dass bei abendlichen Übungsbetrieb Parkplätze über Nacht besetzt bleiben, halte er für keine Gefahr; es gebe hier schließlich Hausmeister und Hallenwarte. Seine Fraktion trage den Verwaltungsvorschlag nicht mit. Er appelliere nachdrücklich an den Ausschuss, sich dem anzuschließen und der Verwaltung stattdessen aufzugeben, eine alternative Lösung zu finden, sofern rechtliche Gründe gegen Ausnahmeregelungen im öffentlichen Straßenraum sprechen.

SE Preckel gibt zu Bedenken, dass parkende Fahrzeuge Schulhöfe quasi zweckentfremden und wirft die Frage auf, ob diese Fahrzeuge den Versicherungsschutz im gegebenen Fall behalten.

RM Thelen berichtet, dass im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden seiner Zeit ausschließlich das Parken auf Schulhöfen, d.h. Spiel- und Aufenthaltsflächen für Schülerinnen und Schüler, diskutiert wurde. Das Parken auf anderen Freiflächen der Schule, wie es beispielsweise am Maximilian-Kolbe-Gymnasium möglich wäre, sei sicherlich unproblematisch.

Ausschussvorsitzender Waddey macht darauf aufmerksam, dass der hiesige Ausschuss im Grunde genommen nur für das Parken im öffentlichen Straßenland zuständig sei; alles Weitere sei im federführenden AVR oder ggf. im Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu diskutieren.

Seitens der FDP-Fraktion merkt RM Kirchmeyer an, dass mit einer Zustimmung zu einer Ausnahmeregelung ein Präzedenzfall geschaffen würde. Es gebe derart viele Vereine – nicht nur Sportvereine - in Köln, dass in der Praxis nicht für alle Ehrenamtliche Parkplätze zur Verfügung gestellt werden können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Herr Waddey den nachfolgenden Beschluss vor.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss lehnt eine Ausnahmeregelung auf öffentlichem Straßenland ab und verweist die Vorlage im Übrigen zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.11 Vergabe von Ingenieurleistungen
hier Umgestaltung der Straßen um die Oper
4084/2011**

Ausschussvorsitzender Waddey macht auf eine als Tischvorlage verteilte Stellungnahme der Fachverwaltung aufmerksam, in der diese der Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) widerspricht.

Seitens der FDP-Fraktion merkt RM Kirchmeyer an, dass sie der Vorlage nicht bedenkenlos zustimmen könne; sie hätte gern eine abschließende Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes.

Da kein Vertreter des RPA anwesend ist, schlägt Herr Waddey vor, der Beschlussvorlage aus fachlicher Sicht zuzustimmen; die letztendliche Entscheidung treffe der Rat. Sofern das Rechnungsprüfungsamt jedoch bei seiner Meinung bleibe, dass vergaberrechtliche Gründe gegen eine Beschlussfassung sprechen, müsse dieses dem Oberbürgermeister die Bedenken mitteilen; dieser müsse dann bis zur Ratssitzung entscheiden, ob er sich den Bedenken anschließe oder eine andere Auffassung vertrete.

Unabhängig von dieser Fragestellung weist RM Tull darauf hin, dass es sinnvoll wäre, wenn der Freianlagenplaner des Offenbachplatzes nicht nur das Karree unmittelbar an der Oper sondern vielmehr auch die gegenüberliegende Seite im Bereich der Tunisstraße entwickle; der gesamte Platz einschließlich der Straßen bilde ein Ensemble und sollte im Zusammenhang betrachtet werden, auch wenn die Verwaltungsvorlage dies nicht so weiträumig vorsehe.

Um etwaige Bedenken gegen die Vergabe auszuräumen, verweist Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, auf die vorliegende Stellungnahme und betont, dass die Vergabe im Einklang mit den Vergaberichtlinien stehe; gleichwohl könne das Rechnungsprüfungsamt natürlich um erneute Stellungnahme gebeten werden.

Die Planung durch externe Büros werde selbstverständlich von der Verwaltung begleitet, so dass eine Abstimmung untereinander sichergestellt sei. Jede Planung müsse jedoch irgendwo begrenzt werden und eine klar definierte „Kante“ haben. Die Einbeziehung der Tunisstraße in die Planung Opernquartier sei aus seiner Sicht nicht zwingend erforderlich.

RM Kirchmeyer äußert zwar Verständnis für die Haltung der Verwaltung, möchte jedoch eine fundierte Klärung bis zur Ratssitzung und schlägt daher vor, die Vorlage ohne Votum zu verweisen.

BG Streitberger macht deutlich, dass die Vorlage zeitkritisch sei und er nachdrücklich für eine eindeutige Haltung werben möchte. Aus dem Projekt „Sanierung Opern- und Schauspielhaus“ heraus konnte der Freianlagenplaner nicht weiter beauftragt werden; das Budget von 253 Mio. € sei für einen definierten Raum vorgesehen. Jedoch habe sich bereits in den ersten Gesprächen gezeigt, dass es dringend notwendig sei, diesen Raum vernünftig an den übrigen Stadtraum anzubinden und somit den ursprünglichen Planungsauftrag zu erweitern. Die Fachverwaltung habe für die vorliegende Vergabe eindeutige, nachvollziehbare und vor allem verantwortbare Argumente und er bitte den hiesigen Ausschuss, dies zu akzeptieren und der Vorlage zuzustimmen.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Streitberger an diverse Debatten in der Sache, u.a. auch zur Vorlage „Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße“ (vgl. hierzu TOP 4.6). Vor dem Hintergrund von Erkenntnissen, die aus dieser Arbeit mit den Planern erlangt wurden, werde nun noch versucht, im südlichen Bereich Glockengasse - Brüderstraße eine Fußgängerquerung einzubauen, so dass diese Vorlage zur heutigen Sitzung kurzfristig zurückgezogen wurde. Er erwähne dies, um deutlich zu machen, dass die Verwaltung hier gut und auch ganzheitlich aufgestellt sei und zudem zügig vorankommen möchte.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt aufgrund dieses Plädoyers vor, der Vorlage im hiesigen Ausschuss zuzustimmen; bei juristischen Bedenken müsse eine Klärung bis zur Ratssitzung erfolgen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Vergabe von Planungsleistungen der Oberflächengestaltung gemäß Anlage 1 für die Brüderstraße, Glockengasse, Kreuzgasse, Krebsgasse, Am Alten Posthof bis Hämergasse und Neue Langgasse bis Breite Straße zu.

Der Rat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung für Planungsmittel in Höhe von 145.000,00 € im Haushaltsjahr 2011 im Teilplan 1201 Straßen, Wege und Plätze bei neuer Finanzstelle 6601-1201-1-1042 Straßen um Opernhaus, Umgestaltung. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlung im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6601-1201-1-5607, Severinstraße Umgestaltung in Höhe von 50.000,00 € und bei Finanzstelle 6601-1201-2-5615 Höninger Weg in Höhe von 95.000,00 €

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.12 Köln-Pass: Erlass einer Satzung zur Förderung von Sozialtickets im ÖPNV
4267/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung über den Erlass einer Allgemeinen Vorschrift zur Festsetzung von Höchsttarifen für KölnPass-Tickets und zur Ausreichung der Fördermittel des Landes NRW für Sozialtickets. Er beauftragt die Verwaltung, die Fördermittel des Landes NRW für Sozialtickets nach Maßgabe dieser Satzung an die Verkehrsunternehmen weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.13 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch
4162/2011**

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird auf Antrag der CDU-Fraktion – vor Eintritt in die Tagesordnung - bis zum 31.01.2012 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.14 Beschluss über die Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011 sowie die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2012
4656/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt:

1. Die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2012 gemäß Anlage 1
2. Die ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011 wird unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu einem Anteil von 95 Prozent (11.976.590,86 €) für die Finanzierung der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen auf dem Gebiet der Stadt Köln durch vom Rat der Stadt Köln mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtung betraute Unternehmen verwendet. Die restlichen fünf Prozent der ÖPNV-Pauschale in Höhe von 630.346,89 € verbleiben bei der Stadt Köln zur Verwendung für Zwecke des ÖPNV.
3. Für die Beschaffung von Stadtbahnwagen aus Vorjahren wird durch die Restablösung einer bestehenden Verpflichtungsermächtigung ein Betrag in Höhe von 4.761.151,22 € an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) ausbezahlt.
4. Dementsprechend wird die Auszahlung von bis zu 7.215.439,64 € aus der ÖPNV-Pauschale an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) als einziges von der Stadt Köln mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen betrautes Verkehrsunternehmen vorgenommen. Die Auszahlung erfolgt in Form einer Gesellschafterzuzahlung im Sinne der Betrauung der KVB. Die KVB hat die Gesellschafterzuzahlung entsprechend den Regelungen in der Betrauung zu vereinnahmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen der KVB die Auszahlungen zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Eintrag von Brücken/Eisenbahnüberführungen in die Denkmalliste AN/1862/2011 der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln
4560/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Baumfällungen in der Margaretastraße
Mündliche Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
4957/2011**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Waddey räumt Herr Keulen, stellv. Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, ein, dass bedauerlicher Weise vergessen wurde, die vorgesehene Fällung des 2. Baumes im Übersichtsplan einzutragen; in den Ausführungsplänen sowie im Landschaftspflegerischen Begleitplan wurde die notwendige Fällung jedoch von Anfang an kenntlich gemacht.

Herr Waddey bittet, diese Stellungnahme auch der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen.

**6.3 Planfeststellungsverfahren der Linie 3
Mündliche Anfrage des SE Vietzke
4962/2011**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Aufgang am Bahnhof Köln Süd von der Zülpicher Straße auf Gleis 1
4600/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Sperrkonzept für den Roncalliplatz
4545/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 Einführung eines Weihnachtstickets
4820/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Haltestelle Linie 132 Anmerkung des RM Schiele

RM Schiele spricht der KVB AG seinen Dank aus; er habe dem neuen Fahrplan entnommen, dass für die Linie 132 eine neue Haltestelle „Im Rheintal“ zwischen den Haltestellen „Engeldorfer Straße“ und „Frankenstraße“ eingerichtet werde. Dies habe er bereits vor sechs Jahren angeregt.

8.2 Radverkehrsführung auf dem Höninger Weg Hinweis des SE Krämer

SE Krämer erinnert an seine Anfrage vom 22.06.2011 zum Fahrradunfall mit tödlichem Ausgang. Er merkt an, dass der Bezirksvertretung Rodenkirchen von der zuständigen Polizeidirektion mitgeteilt wurde, dass der Höninger Weg unfallauffällig sei und diese Aussage im Widerspruch zu der hier abgegebenen Stellungnahme stehe. Für die Radfahrer gebe es dort nun auch eine veränderte Führung; sie würden nun mitten auf bzw. zwischen den Schienen fahren, wie auch in der Zülpicher Straße. Er halte dies für nicht ungefährlich und bitte die KVB nachdrücklich, die Fahrer der Straßenbahnen entsprechend zu sensibilisieren.